

erschienen in der Fiff-Kommunikation,  
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476  
www.fiff.de

Andreas Fisahn

## Die Sicherheitsspirale

*Innenminister Schäuble dreht an der Sicherheitsspirale, dabei scheint er zu überdrehen. Zu befürchten ist allerdings eher, dass er nicht überdreht, sondern wohlkalkuliert die Forderungen so hoch schraubt, dass der Koalitionspartner meint, den harmlosen Rufen nach z.B. geheimen PC-Durchsuchungen nachgeben zu müssen. – Politik scheint auch nicht rationaler zu verlaufen als das Feilschen auf dem Basar, und das Jahr 2007 scheint mit Blick auf die innere Sicherheit neue Maßstäbe zu setzen. Dabei müssen zwei Aspekte unterschieden werden: einerseits die Ermächtigung der staatlichen Behörden, die Bürger zu überwachen, und andererseits eine neue Form der Repression, die in Heiligendamm probiert und etwa in Frankfurt anlässlich des bürgerlichen Protests gegen einen Nazi-Aufmarsch fortgesetzt wurde.*

### Überwachung

Die Datensammelwut von Polizei und Geheimdiensten ist keineswegs neu und wächst mit den technischen Möglichkeiten. Seitdem das Bundesverfassungsgericht im *Volkszählungsurteil* das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Grundrecht anerkannt hat, bemüht sich der Gesetzgeber, die so gesetzte Schranke der Überwachung und Ausforschung zurückzudrängen. Bisheriger Höhepunkt dieser informationelle Aufrüstung: Der große Lauschangriff. Um ihn zu legalisieren, wurde 1998 das Grundgesetz geändert und eines der zentralen Grundrechte beschnitten, die Unverletzlichkeit der Wohnung. Das war vor dem 11. September 2001, dem Datum, das zur Rechtfertigung der Kompetenzerweiterungen und für die informationelle Aufrüstung erhalten muss. Es zeigt die Richtung, in die nach dem September weiter gedreht wurde. Mit dem Otto-Katalog aus dem Jahr 2002 und Schäubles Hysterie um biometrische Daten und die Vollspeicherung aller Bürger ist kein neuer Weg beschritten, sondern ein alter fortgesetzt worden. Nur das Feindbild hat sich geändert: vom Terrorismus der RAF über den Drogenkrieg und Kampf gegen die organisierte Kriminalität zum neuen islamistischen Terror.

### Ergebnisse

Solange mit Drogen und Menschenhandel exorbitante Gewinne erzielt werden und das Geld in legale Finanzmärkte fließt, besteht das Resultat der Rundum-Beobachtung nicht



### Über den Autor

Prof. Dr. Andreas Fisahn studierte Rechts- und Sozialwissenschaften. Promotion zur Kritischen Staatstheorie von Franz Neumann, Habilitation über Beteiligungsrechte; er ist Hochschullehrer an der Universität Bielefeld für öffentliches Recht.

darin, dass Kriminelle von ihren Straftaten abgehalten würden. Erfasst und kontrolliert werden die Bürger, es entsteht der Eindruck umfassender Kontrolle. Das kann Einzelne dazu veranlassen, aus Furcht vor Nachteilen ihre Grundrechte nicht wahrzunehmen, nicht zu demonstrieren, nicht im Betriebsrat zu arbeiten, sich zu organisieren usw. und sogar nicht zivilen Ungehorsam zu üben. Selbst wenn keine Nachteile eintreten, entstehen Befürchtungen, die bewusst oder unbewusst Handlungen beeinflussen. Wenn ein Beamter weiß, dass die LINKE vom Verfassungsschutz beobachtet wird, überlegt er sich mit Blick auf seine Karriere ihr beizutreten. Er nimmt sein grundgesetzlich garantiertes Recht nicht wahr, Parteien frei zu gründen und Mitglied zu werden.

## Kontrolle

Mit den Maßnahmen im Vorfeld von und in Heiligendamm haben die Sicherheitsbehörden demonstriert, wie sie Informationen verwenden können: zur gezielten Einschüchterung und Kriminalisierung der Bürger. Im Zweifel werden die vorhandenen Informationen gegen eine mehr oder weniger systemkritische Opposition eingesetzt. Ohne Zusammenhang zum Protest gegen den Gipfel wurden beispielsweise im Vorfeld eine große Anzahl von Wohnungen durchsucht und Computer beschlagnahmt. Das BKA rechtfertigte das mit Brandanschlägen auf einige PKW. Man vermute dahinter eine terroristische Vereinigung. Herangezogen wurde § 129a StGB, der seit den 1970er Jahren umstritten ist. Das Ergebnis der Durchsuchungen ist bisher unbekannt, Strafverfahren wurden aufgrund der gesammelten Erkenntnisse nicht eingeleitet. In Wahrheit ging es darum, die Organisationsstrukturen des Gipfelprotestes auszukundschaften. Nebeneffekt war sicher auch die Einschüchterung potenzieller Protestierer. Die Sicherheitsorgane arbeiteten hier zumindest an der Grenze der Legalität, sie nutzten die problematische Strafbarkeit der Gründung einer Vereinigung, um zumindest auch andere Zwecke zu verfolgen. Voraussetzung für die

Durchsuchungen waren *Erkenntnisse* über die Mitglieder der potenziellen Organisation. Die Datensammelwut ist hier umgeschlagen in Repression und zwar jenseits des Strafrechts, jenseits strafbarer Handlungen. Die Sicherheitsapparate werden unzureichend kontrolliert – ein Missstand, der korrigiert werden muss.



Nataliya Kovalova, Stuttgart  
Fiff-Fotowettbewerb 2006

**Sind auch Sie besorgt über den staatlichen Überwachungswahn?  
Sind Ihnen die Aufklärung darüber und der Protest gegen die Datensammelwut wichtig?  
Machen Sie sich wie wir Sorgen um die Folgen der Pauschalverdächtigungen?**

Dann unterstützen Sie uns bitte bei der Finanzierung und Verbreitung dieses Heftes:  
Bestellen Sie weitere Exemplare in unserer Geschäftsstelle [fiff@fiff.de](mailto:fiff@fiff.de) (Adresse siehe Impressum)  
oder spenden Sie uns einfach:

Fiff e.V.  
Sparda Bank Hannover eG  
Kontoverbindung: 927929  
BLZ 250 905 00  
IBAN: DE05250905000000927929  
BIC: GENODEF1S09

**E...I...f...F...**